



Niederschrift

16-015. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales

am Mittwoch, 24.09.2008, 17:10 Uhr bis 19:50 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau)
in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- | | |
|-----------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Punkt 1 | Konzept "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" und
Änderungs- und Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom
23. September 2008 hierzu
Vorlagen: 16-1116 und 16-1116/1 |
| Punkt 2 | Eigenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten;
hier: Aufhebung der Satzung
Vorlage: 16-1088 |
| Punkt 3 | Konzept der Mittelpunktschule Gadernheim zum Erhalt der
Sekundarstufe I
- Sachstandsbericht
Vorlage: 16-1143 |
| Punkt 4 | Schülerbeförderung auf der Strecke Langwaden - Bensheim
- Sachstandsbericht |
| Punkt 5 | Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen |
| Punkt 5.1 | Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Bericht zu Planungen bezüglich einer Sporthalle am Alten
Kurfürstlichen Gymnasium in Bensheim |
| Punkt 5.2 | Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Finanz- und Controllingbericht August/2008 |

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Heinz, Tobias CDU

Ausschussmitglieder:

Frank, Lucia CDU

Gärtner, Karin CDU

Rieger, Heinz CDU

Dr. Vonderheid, Ulrich CDU

in Vertretung für Klaus-Peter Stricker
(zu zeitweise TOP 1)

Hapke, Ellen SPD

in Vertretung für Matthias Baaß

Schocke, Heinz-Jürgen SPD

Schröder, Willy	SPD	
Thomas, Willi	SPD	
Dr. Greif, Martin	FWG	in Vertretung für Markus Röth
Hunnius, Roland von	FDP	in Vertretung für Benjamin Kramer

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	REP
Appelt, Michael	DIE LINKE

Fraktionsvorsitzende:

Hechler, Katrin	SPD	(zu zeitweise TOP 1)
-----------------	-----	----------------------

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter

Gäste:

Dr. Bordon, Frida	Staatliches Schulamt (bis TOP 3)
Wecht, Karlheinz	Altes Kurfürstliches Gymnasium Bensheim

Verwaltung:

Bickelhaupt, Reinhold	ÖPNV (bis TOP 4)
Blume, Claudia	Schulabteilung
Fasser, Helmut	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt (zu TOP 1)
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
------------------	---------------------------------------------

Ausschussvorsitzender Heinz eröffnete um 17:10 Uhr die 16-015. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Gäste und Zuschauer, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlte Kreistagsabgeordneter Franz Apfel (GRÜNE)

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Der Vorschlag des Vorsitzenden, mit Rücksicht auf die Gäste und Zuschauer die Behandlung der diese besonders interessierenden Punkte 3 und 5 der Tagesordnung vorzuziehen, wurde vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

**Punkt 1: Konzept "Familienfreundlicher Kreis Bergstraße" und Änderungs- und Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 23. September 2008 hierzu
Vorlagen: 16-1116 und 16-1116/1**

In der Sitzung wurde der Änderungs- und Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 23. September 2008 mit 15 Einzelanträgen zu verschiedenen Punkten des Konzeptes (Vorlage 16-1116/1) verteilt.

Nach einführenden Erläuterungen des Landrats zur Entwicklung und Zielsetzung des Konzeptes kritisierte Abgeordnete Hechler dieses als zu wenig konkret. Für besonders wichtig und erforderlich hielt sie die Festlegung von Qualitätsstandards für die Betreuungsangebote und transparente Kriterien hinsichtlich der Auswahl der Grundschulen, deren Betreuungsangebot dann vom Kreis bezuschusst werde.

Sodann befasste sich der Ausschuss mit dem Änderungs- und Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und verständigte sich darauf, vor Beratung und Abstimmung über die beantragten Änderungen und Ergänzungen zunächst jeweils die Stellungnahme der Verwaltung hierzu zu hören.

Bei der Behandlung der 15 Einzelanträge kam es zu folgenden Ergebnissen:

zu 1. Frau Schneider-Jaksch erklärte, dass mit der Anlage "Auszug aus dem Konzept" nicht ein Teil des Konzeptes, sondern der "vollständige" Konzeptentwurf des Kreises vorgelegt worden sei. Nach Beschlussfassung des Kreistages werde noch die endredaktionelle fachliche Bearbeitung des Konzeptes durch die Verwaltung vorgenommen.

Der Ausschuss sprach sich einstimmig für eine entsprechende Korrektur der Bezeichnung der Anlage aus.

zu 2.: Frau Schneider-Jaksch wies auf den jährlich zum 15. März zu erstattenden Bericht nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) an den Jugendhilfeausschuss hin, der auch an den Ausschuss für Schule und Soziales gegeben werden könne.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dass über die Umsetzung des Konzeptes neben dem Jugendhilfeausschuss auch dem Ausschuss für Schule und Soziales jährlich (schriftlich) zu berichten ist.

zu 3. bis 7.: Landrat Wilkes und Frau Schneider-Jaksch sprachen sich gegen die beantragten Ergänzungen und Änderungen aus. Abgeordneter Dr. Vonderheid monierte die Beratungsweise im Ausschuss, über Details des als Grundsatzkonzept zu verstehenden Konzeptentwurfes zu diskutieren.

Der Ausschuss lehnte die 4 Anträge jeweils mit 7 Neinstimmen bei 4 Ja-Stimmen ab.

zu 8.: Da es von Seiten der Verwaltung keine Einwendungen gegen die beantragte Streichung des in Klammer gesetzten Textes gab, stimmte ihr der Ausschuss einvernehmlich zu.

zu 9.: Landrat Wilkes wies auf die in der Regel vorhandenen Räumlichkeiten der Schule hin, die ansonsten vom Kreis als Schulträger noch zu schaffen wären.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Mindeststandard bei den Betreuungsangeboten "Kindgerechte Räumlichkeiten sind zu gewährleisten" um den Passus "vom Schulträger" zu ergänzen.

zu 10.: Nach Hinweis von Frau Schneider-Jaksch auf die in der Regel angebotenen Förderprogramme lehnte der Ausschuss den Ergänzungsantrag mit 6 Neinstimmen bei 3 Ja-Stimmen ab (Abgeordneter Dr. Vonderheid hatte die Sitzung bereits verlassen, Abgeordneter Schocke war kurzzeitig nicht im Sitzungsraum anwesend und fehlte bei der Abstimmung).

zu 11.: Frau Schneider-Jaksch schlug vor, statt der beantragten Ergänzung die Sätze 2 und 3 von Seite 20 der Konzeptpräsentation ("Mittelfristig sollen möglichst alle Grundschulen im Kreis erreicht werden. Der Einstieg soll mit mindestens 10 Grundschulen erfolgen, die ein bedarfsgerechtes Ganztagesangebot mit Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung vorhalten und nach den genannten Mindeststandards arbeiten.") einzufügen.

Dem Vorschlag schloss sich der Ausschuss einstimmig an.

zu 12.: Landrat Wilkes wies darauf hin, dass sich nur die Schulen selbst für eine Förderung ihres Ganztagsangebots bewerben könnten, die Kommune könne dies nicht übernehmen.

Nach Thematisierung des Risikos einer Zuschusseinstellung der Kommunen für Betreuungsangebote stimmte der Ausschuss einvernehmlich für folgende Ergänzung bezüglich der Auswahlkriterien für sich bewerbende Grundschulen (Satz 1 und 3 des SPD-Ergänzungsantrags): "Die Kommunalen Zuschüsse werden bei der Auswahl der Grundschulen nicht mit berechnet und berücksichtigt. Es entsteht kein Nachteil für die Grundschulen, die bereits städtische Zuschüsse erhalten."

zu 13.: Da es von Seiten der Verwaltung keine Einwendungen gegen die beantragte Ergänzung "im Rahmen der Betreuung" gab, stimmte ihr der Ausschuss einvernehmlich zu.

zu 14.: Frau Schneider-Jaksch sprach sich gegen die beantragte Änderung bezüglich der personellen Bedingungen bei der Betreuung aus, da das Engagement auch von Nicht-Fachkräften und Ehrenamtlichen erhalten bleiben oder ermöglicht werden sollte.

Der Ausschuss lehnte den Änderungsantrag mit 5 Neinstimmen bei 4 Ja-Stimmen ab (Abgeordneter Dr. Greif hatte den Sitzungsraum kurzfristig verlassen und nahm nicht an der Abstimmung teil).

zu 15.: Frau Schneider-Jaksch sah die Verwaltung zuständig für die Festlegung der Kriterien bezüglich der Verteilung der Mittel für Betreuungsangebote.

Der Ausschuss lehnte den Ergänzungsantrag mit 5 Neinstimmen bei 4 Ja-stimmen ab (Abgeordneter Dr. Greif hatte den Sitzungsraum kurzzeitig verlassen und fehlte bei der Abstimmung).

Abschließend fasste der Ausschuss für Schule und Soziales folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales nimmt das der Vorlage 16-1116 beiliegende Konzept der Schulabteilung und des Jugendamtes zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag,

1. dem Konzept „Familienfreundlicher Kreis Bergstraße“ mit den im Ausschuss für Schule und Soziales vorgenommenen Änderungen
2. dem damit verbundenen finanziellen Aufwand für den Kreis zuzustimmen sowie
3. die Verwaltung mit der Umsetzung des Konzepts zu beauftragen und in einem ersten Schritt die Kommunen, die sonstigen Träger der Betreuungsangebote an den Schulen für ein Übereinkommen im Sinne der Zielsetzungen des Konzepts zu gewinnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen.

**Punkt 2: Eigenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten;
hier: Aufhebung der Satzung
Vorlage: 16-1088**

Abgeordneter Schocke hielt die Anrufung der Konnexitätskommission in dieser Angelegenheit für nicht opportun und erfolgversprechend, während Abgeordneter von Hunnius diese als ein wichtiges Signal an das Land sah.

Auf Antrag von Abgeordnetem Schocke wurde getrennt über beide Absätze der vorgeschlagenen Beschlussempfehlung an den Kreistag abgestimmt.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die vom Kreistag am 10. Juli 2006 verabschiedete Satzung für die Erhebung von Eltern- und Schülerbeiträgen zur Schülerbeförderung für Schüler aus dem Kreis Bergstraße wird rückwirkend zum 1. Juni 2008 aufgehoben.

Die Konnexitätskommission wird gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 07.11.2002 (GVBl I S. 654) ange-rufen mit dem Ziel, den dem Kreis durch die Gesetzesänderung des Hessischen Landtags in § 161 Abs. 10 Hessisches Schulgesetz (Wegfall der Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung eines Eigenanteils an den Schülerbeförderungskosten) entstandenen Mehrauf-wand i. H. v. 585.000,00 € für das Jahr 2008 und i. H. v. zur Zeit 83.500,00 € monatlich für die Folgejahre auszugleichen."

Abstimmungsergebnis:

Absatz 1 der Beschlussempfehlung wurde einstimmig,
Absatz 2 wurde einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

**Punkt 3: Konzept der Mittelpunktschule Gadernheim zum Erhalt der Sekundarstufe I
- Sachstandsbericht
Vorlage: 16-1143**

Der Ausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 16-1143 Kenntnis genommen.

Landrat Wilkes und Frau Dr. Bordon beantworteten Fragen zum Sachstand und zu den Voraussetzungen für eine Genehmigung des Modellvorhabens.

**Punkt 4: Schülerbeförderung auf der Strecke Langwaden - Bensheim
- Sachstandsbericht**

Herr Bickelhaupt berichtete von einer inzwischen vorgenommenen Fahrplananpassung auf der Strecke Langwaden - Bensheim und einer Überarbeitung der Buseinsatzpläne durch das betreffende Busunternehmen, so dass es seitdem bezüglich der Schülerbeförderung auf dieser Strecke keine Beschwerden der Eltern mehr gebe.

Bei der anschließenden Aussprache über die Ursachen für die Probleme bei der Schüler-beförderung zu Beginn des neuen Schuljahres wurden insbesondere folgende Punkte ge-nannt:

- unbefriedigende Zusammenarbeit mit und zwischen den Schulen hinsichtlich einer Abstimmung der Unterrichtszeiten
- zu Schuljahresbeginn noch fehlende Meldungen von Schulen über Anzahl und Wohnor-te ihrer Fahrschüler
- Einsatz von ortsunkundigen Busfahrern, auch bedingt durch die Vergabe von Beför-derungsleistungen an nicht in der Region ansässige Unternehmen infolge der EU-weiten Ausschreibungspflicht
- fehlende Informationen über Verkehrsbehinderungen durch Straßenbaumaßnahmen

